

EU-Verbot von Einwegplastik

(21.12.2018) Die IK Industrievereinigung Kunststoffverpackungen e.V. bedauert, dass die EU ihre Richtlinie zu Einwegkunststoffen im Eiltempo durchgepeitscht hat. Hinter dem Verbot steckt viel Symbolik und nicht wirklicher Umweltnutzen, so die Meinung der IK.



IK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Bruder: „Information, Aufklärung und vor allem der Wissenstransfer in die am meisten betroffenen Länder würden bessere Ergebnisse erzielen, treten aber hinter die scheinbar populären Verbote zurück.“

EU-Kommission, EU-Parlament und die österreichische Ratspräsidentschaft haben sich auf eine Einwegplastik-Richtlinie geeinigt. Bestimmte Einwegprodukte wie Strohhalme aus Kunststoff sind in Europa künftig verboten. „Selbstverständlich sehen auch wir mit Sorge auf die Bilder verendeter Seetiere und halten Aktivitäten für einen verantwortungsvollen Umgang mit Ressourcen für dringend geboten“, erklärt IK-Hauptgeschäftsführer Dr. Jürgen Bruder den Standpunkt des Verbandes. „Allerdings dürfen wir uns durch emotionale Reaktionen nicht in die falsche Richtung treiben lassen, sondern müssen einen kühlen Kopf bewahren. So halten wir die nun angestrebten Massnahmen für wenig zielführend. Hier wird Aktivität demonstriert, die das Problem Meeresmüll kein Stück wird lösen können.“

Anti-Littering-Directive wäre zielführender beim Umweltschutz

Während die im Fokus stehenden Verbote aus Sicht der IK weder ein Umdenken beim Konsum oder im Umgang mit Abfällen bewirken werden, steckt in den weniger beachteten Massnahmen zur Aufklärung und verstärkten Kreislaufführung weitaus mehr Potenzial.

„Information, Aufklärung und vor allem der Wissenstransfer in die am meisten betroffenen Länder würden bessere Ergebnisse erzielen, treten aber hinter die scheinbar populären Verbote zurück“, so Dr. Bruder.

Die IK bringt sich über die Global Plastics Alliance in eben diesen Austausch ein u. a. mit Verbänden aus Indonesien, Malaysia oder Südafrika. „Wenn wir Infrastrukturen für einen nachhaltigen Umgang mit Plastik in Asien schaffen, gewinnen wir mehr als durch das europäische Verbot von Strohhalmen.“ 80 Prozent des Meeresmülls stammen aus Asien.

Für Europa hält die IK eine noch stärkere Kreislaufführung mit entsprechenden Investitionen in Sortierung und Recycling sowie mehr Verbraucheraufklärung für wichtig. Die Industrie dreht wiederum an den ihr möglichen Stellschrauben: das Design fürs Recycling und den verstärkten Einsatz von Recyclingmaterial.

Die vermeintliche Stärkung des Verursacherprinzips über die Beteiligung der Hersteller an Strandreinigungskosten lehnt die IK dagegen ab. „Die Industrie produziert keine „Wegwerfartikel“ und die Hersteller von Verpackungen sind auch nicht Verursacher des Litterings“, so Bruder. „Kunststoffverpackungen können in Deutschland problemlos über den Gelben Sack entsorgt werden.“

Warnung vor zu einfachem Denken bei den Umweltauswirkungen

Vergessen werden bei der oft emotional geführten Diskussion auch sachliche Argumente wie der Energieaufwand oder CO₂-Ausstoss bei der Substitution von Kunststoff durch andere Materialien. Aber auch die nachhaltige Funktion von Einwegkunststoffprodukten wird durch pauschale Diskriminierung eines bestimmten Materials völlig ausser Acht gelassen. „Wenn ich meinen Kollegen die Suppe mittags nicht mehr in isolierenden Schalen mitbringen kann, wird das Essen eben kalt. Diese kunststoff-spezifische Leistung erbringt kein anderes Material. Und mit vermeintlichen Alternativen zum Einweggeschirr wie beschichteter Pappe oder Aluminium wäre auch ökologisch nichts gewonnen “ , fasst Bruder die Konsequenzen zusammen.

Engagement für sinnvolle nationale Umsetzung

Trotz der deutlichen Kritik an den Einwegverboten wird sich die IK nun selbstverständlich um eine möglichst sinnvolle Umsetzung der EU-Richtlinie in nationale Prozesse bemühen und sich konstruktiv in die entsprechenden Dialoge einbringen - im Sinne der Branche, der Verbraucher und der Umwelt.

www.kunststoffverpackungen.de

[Zurück](#)